

Erreichbarkeit und gute Personalausstattung gewünscht

Bürgerbefragung zur Krankenhausversorgung

Das Vertrauen der Menschen in die Kliniken in Deutschland ist groß. Allerdings wächst ihre Zufriedenheit mit der Größe des Wohnorts: In Ballungsräumen mit sehr hoher Bevölkerungsdichte sind mehr als die Hälfte (51,4 %) der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit der Krankenhausversorgung. In ländlichen Gebieten mit sehr niedriger Bevölkerungsdichte sind nur 31 % der Bewohner zufrieden mit der stationären Versorgung. Deutlich mehr, 41 %, sind dort dagegen unzufrieden. Der Weg zum nächsten Krankenhaus sollte, so der Wunsch der meisten Befragten (88 %), nicht länger als 30 Minuten dauern. Dies sind zentrale Ergebnisse einer aktuellen Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) erstellt hat. Die Umfrage wurde Ende August 2022 unter 5 000 Bürgerinnen und Bürgern durchgeführt. In Bezug auf die Zufriedenheit mit der Krankenhausversorgung ist auch ein Ost-West-Gefälle festzustellen: Besonders groß ist die Unzufriedenheit in Sachsen-Anhalt: Hier sind nur 28,8 % der Bürger zufrieden, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern

(34,6 %) und Thüringen (36,9 %). Besonders hoch ist die Zufriedenheit in Hamburg (55,2 %), im Saarland (52,4 %) und in Bremen (48,7 %).

Regionalen Besonderheiten berücksichtigen

„Diese Zahlen müssen der Politik zu denken geben, will sie den Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse in Stadt und Land weiter aufrechterhalten. Sie müssen auch Maßstab für eine Krankenhausreform sein. Gerade diese Unterschiedlichkeit innerhalb der Bundesländer zeigt, wie wesentlich die regionalen Besonderheiten in solchen Reformprozessen zu berücksichtigen sind. Ein kalter Strukturwandel, der Krankenhäuser plötzlich und ohne bedarfsgerechte Sicherstellung der regionalen Gesundheitsversorgung wegbrechen lässt, ist offensichtlich Sprengstoff für den sozialen Frieden“ betont der DKG-Vorstandsvorsitzende **Dr. Gerald Gaß**.

Die Krankenhauspolitik sei gefordert, die Reform der Versorgungslandschaft in Deutschland aktiv und verantwortungsvoll



„Ein kalter Strukturwandel, der Krankenhäuser plötzlich und ohne bedarfsgerechte Sicherstellung der regionalen Gesundheitsversorgung wegbrechen lässt, ist offensichtlich Sprengstoff für den sozialen Frieden“ betont der DKG-Vorstandsvorsitzende Dr. Gerald Gaß. Die Ergebnisse einer aktuellen Befragung im Auftrag der DKG bestätigen dies. Foto: Jens Jeske

anzugehen und nicht länger auf einen kalten Strukturwandel zu setzen. Verärgert zeigte sich Gaß darüber, dass auch die DKG in der von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach eingesetzten Regierungskommission „für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ nicht vertreten ist. Diese soll weitreichende Reformen vorschlagen und sogar Leitplanken für die Krankenhausplanung festlegen, wofür bisher allein die Bundesländer zuständig sind. Auch die Länder sind nicht in der Expertenkommission vertreten. „Dass diese Kommission ohne die Beteiligung der Bundesländer und der Kliniken, die die Reformen umsetzen sollen, eine Blaupause für ganz Deutschland entwickelt, ist der falsche Weg“, so Gaß.

Den größten Handlungsbedarf sehen die Bürgerinnen und Bürger bei der Personalausstattung. 41 % der Befragten geben an, dass zu wenig Zeit des Personals für die Patienten das größte Problem im Gesundheitswesen ist. Zu lange Wartezeiten bei Arztterminen nennt jeder vierte Befragte, hingegen sagen nur 15 %, es seien zu hohe Krankenversicherungsbeiträge. „Die Menschen sehen sehr deutlich, dass eine hochwertige Versorgung immer von der Personalfrage abhängt, in allen Sektoren. Deshalb ist es entscheidend, dass gesetzliche Maßnahmen das Personal von unnötigen bürokratischen Aufgaben entlasten sowie den Personalaufbau unterstützen und nicht konterkarieren. Das geplante Gesetz zur Stärkung der Pflege im Krankenhaus wird dieses Ziel in der bisher geplanten Form nicht erreichen. Und die von Gesundheitsminister Karl Lauterbach angekündigte Streichung von 20 000 Vollkräften aus dem Pflegebudget der Krankenhäuser torpediert dieses Ziel geradezu. Wir brauchen im Gesetz die klare Botschaft, dass gute Pflege im Krankenhaus nicht von der Kassenlage abhängig gemacht wird“, so der DKG-Vorstandsvorsitzende weiter.

Mehr Personal, weniger Bürokratie in deutschen Krankenhäusern

Jeder Dritte wäre der Civey-Befragung zufolge sogar bereit, höhere Beiträge an die Krankenversicherung zu bezahlen, wenn sich dadurch die Personalausstattung in deutschen Krankenhäusern verbessern würde. Gleichzeitig erwarten die Bürgerinnen und Bürger aber auch, dass ohne Kostensteigerungen mehr Personal beim Patienten ankommt. Entscheidend sei deshalb, so Gaß, das vorhandene Personal nicht weiter durch überflüssige Bürokratie zu belasten und somit die Zeit für die Patienten noch mehr zu vermindern. Es brauche demnach schnell eine deutliche Entbürokratisierung.

Ein klares Nein sagen die Bürgerinnen und Bürger auf die Frage, ob sie deutlich weniger Krankenhäuser und gegebenenfalls längere Anfahrtswege akzeptieren würden, wenn dadurch ihre monatlichen Krankenkassenbeiträge für die GKV stabil gehalten werden könnten. Nur jeder fünfte Befragte würde ein solches Vorgehen der Politik unterstützen.

Auch hinsichtlich der ambulanten Notfallversorgung gibt die Bürgerbefragung interessante Hinweise. In Notfällen verhalten sich die Bürgerinnen und Bürger sehr unterschiedlich, aber letztlich ist das Krankenhaus die Anlaufstelle. Über 30 % rufen

beim Notfall, der nicht als lebensbedrohlich, aber akut empfunden wird, den Notruf 112. 13 % gehen direkt in die Krankenhausambulanz. Insgesamt lassen diese Zahlen darauf schließen, dass es Lücken in der ambulanten Notfallversorgung jenseits des Krankenhauses gibt. Nicht umsonst wünschen sich deshalb weit mehr als die Hälfte, nämlich 55 %, dass Krankenhäuser die zentrale Anlaufstelle für ambulante Notfälle sein sollen. Die DKG deutet dies als Auftrag an niedergelassene Ärzte und Krankenhäuser mit guten Strukturen, die Versorgung gemeinsam sicherzustellen.

Dass der Fachkräftemangel und die Belastungen, die sich im Krankenhaus auswirken, auch im niedergelassenen Bereich ihre Spuren hinterlassen, zeigt auch, dass immer mehr Bürger Defizite in der vertragsärztlichen Versorgung spüren. 78 % haben schon lange auf einen Termin gerade beim Facharzt warten müssen. Fast genauso viele Befragte, nämlich 76 %, wünschen sich, Krankenhäuser dürften mehr ambulante fachärztliche Angebote unterbreiten. Das von der Regierungskommission vorgelegte Papier zu mehr Ambulantisierung sei ein richtiger Schritt, so die DKG.

Kostentreiber Krankenhaus?

Wenn man Bürger fragt, wie viel Prozent der Gesamtausgaben der Krankenkassen auf die Behandlung im Krankenhaus entfallen, dann zeigt sich, dass der seit Jahren in der öffentlichen Diskussion gepflegte Mythos, Krankenhäuser seien Kostentreiber, verfangen hat. Die meisten glauben, dass die Krankenkassen 40 % und mehr ihrer Gesamtausgaben an die Krankenhäuser überweisen. Jeder fünfte Befragte glaubt sogar, dass die Krankenkassen mehr als die Hälfte ihrer Gesamtausgaben an die Krankenhäuser überweisen. Dass das Gegenteil der Fall ist, zeigen die realen Zahlen. Der Anteil der Ausgaben für Krankenhausleistung seit 2012 ist immer weiter auf nunmehr 32 % gesunken. „Hätten sich alle Leistungsbereiche so entwickelt wie der stationäre Bereich, hätte die GKV heute 22 Mrd. € weniger an Ausgaben“, rechnet Gaß vor.

64 % der Bürgerinnen und Bürgern sind bereit, ihre Gesundheitsdaten anonymisiert der Gesundheitsforschung zur Verfügung zu stellen. *krü* ■

**Redaktionstelefon:
030 20847294-1/-2**

Fax: 030 20847294-9